

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
in Calw.



Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 2 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Annahme des Vertrauensvotums.

Die Abstimmungen im Reichstag.

Neuer Kampf um Reudell.

U. Berlin, 7. Febr. Im Reichstage wurde am Samstag das Vertrauensvotum der Regierungsparteien mit 235 gegen 174 Stimmen bei 18 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmten mit den vier Regierungsparteien der Bayerische Bauernbund und die Deutsch-Hannoveraner. Geschlossen dagegen stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten. Ferner die Abgeordneten Dr. Wirth (Ztr.), v. Graefe (Bölk.) und Henning (Bölk.). Die anderen Böllischen enthielten sich der Stimme, ebenso die Wirtschaftspartei.

Damit waren die Misstruensanträge erledigt. Namentlich abgelehnt wurde über den kommunistischen Antrag, der die Reichsregierung zum Austritt aus dem Völkerbund auffordert, für den Antrag stimmten neben den Kommunisten auch die Böllischen. Der Antrag wurde mit 364 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Zur einfachen Abstimmung kam dann der sozialdemokratische Antrag auf öffentlichen Anschlag der Westarp-Rede im besetzten Gebiet. Der Antrag wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die zweite Rednergarnitur.

Es war wirklich nicht nötig, daß der Reichstag noch eine zweite Rednerreihe in Marsch setzte. Was dabei herauskam, ist nicht viel mehr als eine Steigerung der Parteileidenschaft mit unerfreulichen Mitteln, die am Samstag unmittelbar vor Schluß alle Bande der Ordnung löste und den Reichstag in einen Hergensjehl verwandelte, der nur durch einstimmige Vertagung wieder zur Ruhe zu bringen war. Herr Stegerwald vom Zentrum begann sehr ruhig und gemäßigt. Seine Rede war eigentlich das Gegenstück von dem, was tags zuvor Herr v. Guérard gesagt hatte, sehr viel freundlicher den Deutschnationalen gegenüber, ohne die Absage nach links. Gerade Herr Stegerwald hat sich ja immer für die große Koalition eingesetzt, wie er psychologisch sehr fein sagte, um die Massen, die im Haß gegen den Besitz aufgewachsen sind, mit starker Verantwortung für das Gesetz zu belasten, damit wir endlich aus dieser Atmosphäre des Hasses herauskommen. Aber er sagte den Sozialdemokraten es ins Gesicht, daß sie schuld daran sind, wenn es nicht soweit kam. Damit war tatsächlich der sachliche Inhalt des ganzen Tages ausgeschöpft.

Was darüber hinausging, war unerfreulich. Die Sozialdemokraten setzten ihre Angriffe gegen den neuen Innenminister von Reudell fort. Sie selbst haben der Sache ursprünglich offenbar gar nicht so große Bedeutung beigelegt, denn sie haben vorher den Minister davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ihn angreifen würden und ihm auch Mitteilung gemacht von dem Material, das in ihren Händen war. Im Eifer des Gefechtes sind sie aber wohl über ihre Absicht hinausgeschossen und haben die ganze Geschichte ernsthaft genommen. Der Sachverhalt ist folgender: Herr v. Reudell hat während des Rapp-Bußches als Landrat seines Kreises sich der Militärbehörde zur Verfügung gestellt, die in Übereinstimmung mit seinem Vorgesetzten, dem Regierungspräsidenten von Frankfurt, eine Reihe von Verfügungen herausgegeben ließ, die den Zweck hatten, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die gesamten Oppositionsparteien machten ihm aber den Vorwurf einer offenen Rebellion, der auch insoweit formell einen gewissen Stützpunkt findet, als Herr v. Reudell in einer seiner Verordnungen von der ehemaligen Regierung gesprochen hat. Diese von Herrn Landsberg vorgelegene Verordnung rief im Hause einen ungeheuren Sturm der Entrüstung hervor. Die Abgeordneten der Linken verfielen geradezu gegen das Rednerpult vorzudringen und überschütteten den Minister mit Beschimpfungen und Beleidigungen. Vorgehlich schwenkte Herr Wöde seine Glode, vergeblich rief er die Kommunisten und sogar seine eigenen sozialdemokratischen Freunde zur Ordnung. Es dauerte Minuten, bis die Verhandlungen sehr mühsam fortgesetzt werden konnten. Er hätte vielleicht besser getan, von sich aus eine Pause eintreten zu lassen. Schließlich sprach Herr Ullrich vom Zentrum das erlösende Wort und bat um eine einstündige Pause, nachdem vorher der Reichskanzler mitgeteilt hatte, daß er selbstverständlich im Einverständnis mit Herrn v. Reudell die ganze Angelegenheit untersuchen und sich auch die Akten der russischen Regierung vorlegen lassen will, sodas mit größter Beschleunigung Klarheit geschaffen wird. Es genügt nicht, festzustellen, daß Herr v. Reudell nach dem Rapp-Bußch bei der preußischen Behörde einen Antrag auf Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gestellt hat, darauf aber nie eine Antwort erhielt.

Einen besonderen Vorwurf machte Herr Landsberg Herrn von Reudell noch daraus, daß er Maßnahmen gegen den von der rechtmäßigen Regierung proklamierten Generalstreik erlassen habe.

In den Interfraktionellen Besprechungen, die während der Pause einberufen wurden, hat man zur Angelegenheit Reudell Stellung genommen. Es wurde erzählt, daß das Zentrum die sofortige Abberufung des Herrn v. Reudell verlangt habe, daß die Deutschnationalen das aber ablehnten, da damit die ganze

Koalition im Aufblößen sei und eine neue Krise beginne. Von alledem blieb nichts übrig. Das Zentrum erklärte ausdrücklich, daß die Zustimmung zu dem Vertrauensvotum sämtliche Minister einschließlich des Innenministers v. Reudell umfasse, hier lediglich mit dem Vorbehalt, daß in der Disziplinaruntersuchung die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen sich als Unrecht erweisen.

Das Kapitel der Antrittsvorstellung der neuen Regierung ist nunmehr beendet. Sie wird in dieser Woche bei der ersten Beratung des Etats noch einmal ihren Kampf zu führen haben. Aber die eigentliche Schlacht ist doch geschlagen. Es sind jetzt alle Anzeichen dafür gegeben, daß wir wieder in eine Zeit ruhiger, sachlicher Arbeit hineinkommen.

Das Vertrauensvotum im Spiegel der Berliner Presse.

Das Ergebnis der Reichstagsabstimmung über das Vertrauensvotum wird von der Berliner Presse im Zusammenhang mit den sozialdemokratischen Angriffen gegen den Reichsinnenminister Dr. v. Reudell eingehend besprochen. Die „Tägl. Rundschau“ stellt fest, daß der Regierung mit einer stattlichen Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen worden ist und sagt, die Männer der neuen Regierung würden sich sicher bei der nun beginnenden praktischen Arbeit nicht schwer zusammenfinden und ineinanderbespielen. Die Spekulation der Linken auf einen Zerfall des neuen Ministeriums durch persönliche Gegnerschaft und Zerwürfnisse innerhalb des Gremiums dürfte daher verfehlt sein. Die Gefahren für das Kabinett lägen auch nicht in der Opposition, auch wenn sie noch so wilde Formen annehmen sollte. Die heutige Regierungsmehrheit habe, wenn sie zusammenhalte, es jederzeit in der Hand, ihren Willen durchzusetzen. — Die „A. D. Z.“ urteilt: Die von der Regierung gewonnene Mehrheit gebe ihr die Möglichkeit, nach der langen Krise endlich sachliche und aufbauende Arbeit in ihre Rechte treten zu lassen. Die Mehrheit werde zweifellos noch größer werden, wenn Aufgaben herantreten, bei denen es sich nicht, wie jetzt, um die grundsätzliche, parteimäßige Scheidung der Geister handle, sondern um gemeinsame Probleme des ganzen Volkes. — Die „Germania“ schreibt: Das parlamentarische Vorgehen habe die Regierung zwar überstanden, aber sie sei nicht ganz ohne Schaden aus dieser Kampagne hervorgegangen. Das bedingte Vertrauensvotum für Herrn v. Reudell sei in der Annahme ausgestellt worden, daß die Unterjochung die Unrichtigkeit der gegen ihn erhobenen Vorwürfe ergeben werde. Treffe diese Annahme nicht zu, dann ergäben sich für Herrn v. Reudell nachteilige Konsequenzen. Der Garant der deutschnationalen Verordnungen könne schwerlich ein Mann sein, der sich schon einmal über die Verfassung hinweggesetzt habe und heute noch erkläre, er würde in gleicher Lage ähnlich handeln. Das Zentrum sei sich der Schwierigkeit einer Koalition mit den Deutschnationalen immer bewußt gewesen. Aber die drei letzten Tage hätten auch bewiesen, daß das Zentrum eine starke Stellung habe und daß es wohl in der Lage sei, seiner Auffassung Geltung zu verschaffen. — Das „Berliner Tageblatt“ meint, mit dem Vertrauensvotum habe die Reichsregierung den ersten Teil eines Weges zurückgelegt, der bisher nur aus deutschnationalen Ungenügen bestanden habe. Es sei ein beispielloser Vorgang, daß einem Minister das Vertrauen nur unter Vorbehalt ausgesprochen worden sei. Man dürfe wohl annehmen, daß Herr v. Reudell im Reichsinnenministerium nur eine kurze Gastrolle geben werde. — Der „Vorwärts“ meint, das günstige Ergebnis für die Regierung sei darauf zurückzuführen, daß die Bank der Regierungsparteien ausgezeichnet besetzt gewesen seien, während die Opposition auffallend lüden zeigte. Von den Sozialdemokraten hätten allein 20 gestimmt. Die Fraktion werde die Gründe für das Fernbleiben dieser Abgeordneten zu prüfen haben. Im übrigen sagt das Blatt fort, Material zusammenzutragen, das gegen Herrn v. Reudell zeugen soll.

Dr. Strefemann in Urlaub.

U. Berlin, 7. Febr. Wie die Telunion von zuständiger Stelle erfährt, hat sich Reichsaussenminister Dr. Strefemann am gestrigen Sonntag auf mehrere Wochen in Erholungsurlaub begeben.

Wie amtlich zu der Urlaubsreise des Reichsaussenministers Dr. Strefemann ergänzend mitgeteilt wird, wird Staatssekretär Dr. v. Schubert in Vertretung des Ministers die Geschäfte des Auswärtigen Amtes führen.

Die Stärke der Rheinlandbesatzung.

Noch 75 000 Mann Besatzungstruppen.

U. Berlin, 7. Febr. Wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, beträgt nach den deutschen Schätzungen die Zahl der Besatzungstruppen am Rhein gegenwärtig immer noch 75 000 Mann und zwar 60 500 Franzosen, 7600 Belgier und 8000 Engländer. Seit dem Herbst vorigen Jahres sind die Besatzungstruppen um rund 4500 Mann verringert worden. Es hat aber den Anschein, als ob das vorgegebene Verringerungsprogramm damit einseitigen seinen Abschluß gefunden hat. Jedenfalls ist auf deutscher Seite nichts davon bekannt, daß in der nächsten Zeit noch weitere Truppenrückziehungen vor sich gehen.

Tages-Spiegel.

Im Reichstag wurde am Samstag das Vertrauensvotum für die neue Regierung mit 235 gegen 174 Stimmen angenommen.

In der Aussprache im Reichstag fehlte der Sprecher der Sozialdemokratie Landsberg seine Angriffe gegen Minister v. Reudell fort.

Reichsaussenminister Dr. Strefemann hat gestern einen Erholungsurlaub angetreten.

Botschafter von Goesch und Außenminister Briand tauschten die Noten über das Entwaffnungskompromiß aus.

Briand sprach sich in einer großen Rede für die unbedingte Fortsetzung der Friedenspolitik aus.

Der spanische Kabinettsrat hat den regelmäßigen direkten Zepelindienst zwischen Sevilla und Südamerika genehmigt.

Präsident Coolidge hat dem amerikanischen Senat die Teilnahme an der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz empfohlen.

Notifikation

des Entwaffnungskompromisses.

U. Paris, 7. Febr. Im Verlaufe des Samstag Nachmittags hat zwischen dem Botschafter v. Goesch und Außenminister Briand, der im Auftrag der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte handelte, ein Notenaustausch stattgefunden, in dem die beiden Parteien sich das Kompromiß über die Abbestimmungen notifizieren.

Botschafter von Goesch in Berlin.

Der deutsche Botschafter Dr. v. Goesch ist gestern früh in Berlin eingetroffen und hatte im Laufe des Tages eine längere Aussprache mit dem Reichsaussenminister und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Keine neue Volksabstimmung in Eupen—Malmédy.

Belgien lehnt eine neue Volksabstimmung für Eupen—Malmédy ab.

U. Brüssel, 7. Febr. Die belgische Regierung hat heute dem Gouverneur von Lüttich ihre Antwort auf den Wunsch der Presse von Eupen-Malmédy, eine zweite uneinflussige Volksabstimmung in dem annektierten Gebiet abzuhalten, überwiefen. In dieser Antwort wird darauf hingewiesen, daß Eupen-Malmédy mit der nach dem Versailler Vertrag abgehaltenen ersten Volksabstimmung ein für allemal belgisches Gebiet geworden sei, zumal der Völkerbundsrat die erste Volksabstimmung ratifiziert habe.

Die englisch-russische Spannung.

U. London, 7. Febr. Nach englischen Blättern fordert ein Teil des Kabinetts mit Nachdruck den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, Kündigung des englisch-russischen Handelsabkommens und Ausweisung der russischen Handelsbelegierten. Diese Angelegenheit wird morgen im Parlament zur Sprache kommen.

Wie aus Moskau berichtet wird, hat der Rat der Volkskommissare in seiner letzten Sitzung unter anderem auch über die russisch-englischen Beziehungen beraten. Jene, welche positiven Beschlüsse sind jedoch nicht gefaßt worden. Die russische Presse verhält sich gleichfalls zu dieser Frage vorläufig zurückhaltend. Die Sowjetregierung hat weitere Gutachten bei den englischen Banken gekündigt. Es wird erwartet, daß dieser Tage ein weiterer Transport von russischem Gold nach Rußland zurückgeht.

Die Politik Englands in China.

U. London, 7. Febr. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß der englische Kabinettsrat beschlossen hat, die bisherige Gynopolitik aufrecht zu erhalten. Die letzten in Kanton und in Peking gemachten Einigungsvorschläge bleiben ebenso bestehen, wie die bereits getroffenen militärischen Maßnahmen zum Schutze des englischen Lebens und Eigentums in China. Nach Pekingern Meldungen hat Marshall Tschangschin beim amerikanischen Gesandten gegen die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe nach China Protest eingelegt. Privatim habe der Marshall jedoch wissen lassen, daß ihm die ausländischen Streitkräfte in China zur Erhaltung der Macht Kantons nicht unympathisch seien.

Umschau.

Mit der in Paris erfolgten Einigung über die Frage der deutschen Ostfestungen ist nunmehr das gesamte Entwaffnungsproblem erledigt. Die Bescheinigung über die erfolgte Abrüstung Deutschlands ist endlich nach äußerst langwierigen Verhandlungen erstellt worden. Nachdem über die Frage der Ausfuhr von Kriegsgeräten schon vor wenigen Tagen eine Einigung erzielt war, stand die zweite der sogenannten Restfragen noch immer offen, das Problem der Befestigungen an der deutschen Süd- und Ostgrenze. Vor dem Kriege sollten den Schutz der deutschen Ostgrenze sicherstellen und erhöhen die Weichselfestungen Danzig, Marienburg, Graudenz, Kulm, Thorn sowie Posen. Dazu kamen noch die schlesische Festungen Glatz, Glogau und Neisse. Königsberg und Löben hatten die Aufgabe, einen von Nordosten anrückenden Gegner aufzuhalten. Keine dieser Festungen ist im Kriege von den Feinden erobert worden, wohl aber mußten Graudenz, Kulm, Thorn und Posen an Polen abgetreten werden. Deutschland verblieben somit nur Königsberg, Billa, Löben, Marienburg und die schlesische Festungsgruppe Glatz, Glogau und Neisse. Ueber dieses deutsche Festungssystem bestimmt nun der Artikel 180 des Friedensvertrages: „Das Befestigungssystem an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands bleibt in seinem jetzigen Zustand bestehen.“ Ueber die Auslegung dieses Artikels sind sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten mit den Alliierten entstanden, die sich bis zum letzten Termin hinzogen, der in den Genfer Vereinbarungen vom Dezember vorigen Jahres für die Erledigung der sogenannten Restpunkte festgesetzt war. Es entstanden dabei verschiedene Probleme. So mußte einmal der Begriff „Befestigungssystem an der Süd- und Ostgrenze“ räumlich begrenzt werden. Soweit bislang Einzelheiten der Verständigung bekannt worden sind, ist diese Frage der räumlichen Begrenzung des Festungssystems in einem für Deutschland nicht ungünstigen Sinne erledigt worden. Zum anderen mußte aber auch die Frage geklärt werden, wie die Worte des Vertrages, daß das Befestigungssystem „in seinem jetzigen Zustand“ bestehen bleiben soll, auszuliegen sind. Hier ist allem Anschein nach der deutsche Standpunkt nur zu einem kleinen Teil zur Geltung gekommen. Es ist wohl zugestanden, daß einige Modernisierungen vorgenommen werden, wie etwa, daß Bauten aus Mauerwerk nunmehr in Beton hergestellt werden können, doch ist festgesetzt worden, daß ein Ausbau der Festungswerke nicht stattfinden darf. Die dritte wichtige Frage, die geklärt werden mußte, war die, was mit den nach 1920 errichteten Festungsbauten geschehen soll. Man wird zunächst einmal die genauen Einzelheiten des Abkommens abzuwarten haben, doch scheint ein erheblicher Teil der Neubauten erhalten zu bleiben, während allerdings ein Teil geschleift werden muß. Man versteht dabei, daß der Schutz Ostpreußens, soweit das im Rahmen des Versailler Vertrages möglich ist, sichergestellt werden konnte. Deutschland wird nach den Pariser Vereinbarungen einen Teil seiner Anlagen sprengen und schleifen müssen. Es hat dabei nur den einen schwachen Trost, daß nach den Pariser Vereinbarungen die Entwaffnungsfrage endlich grundsätzlich erledigt ist, was ja auch in dem Abzug der J.M.R. seinen Ausdruck findet. Alle Abwicklungsfragen, die sich jetzt noch ergeben, werden nunmehr nur noch auf diplomatischem Wege ihre Erledigung finden, so daß man wohl annehmen darf, daß hier Schwierigkeiten nicht mehr entstehen werden.

Den Wahlen in den einzelnen deutschen Freistaaten bringt man durchweg im ganzen Reich ein starkes Interesse entgegen, da sie bis zu einem gewissen Grade als politisches Stimmungsbarometer betrachtet werden können. Unerwarteter Wert für die Beurteilung der politischen Stimmung im deutschen Volke ist ihnen jedoch nicht ohne weiteres zuzuerkennen. In den verschiedenen Freistaaten liegen die Verhältnisse sehr verschieden und bei den Wahlen stehen nicht die großen Fragen der Reichspolitik, sondern die Fragen der Landespolitik zur Debatte. Es erscheint deshalb auch falsch, aus den Ergebnissen der Wahlen in allen weitgehende Schlüsse zu ziehen. Wesentlich ist, daß die Wahlbeteiligung, die im Jahre 1924, nachdem vorher Thüringen zu einem rein sozialistischen Experimentierfeld geworden war, und das Reich beinahe ausschließlich eingreifen mußte, um in Thüringen geordnete Verhältnisse zu schaffen, den ungewöhnlich hohen Satz von 90 Prozent erreichte, jetzt auf 65 Prozent zurückgegangen ist. Dieser Rückgang der Wahlbeteiligung und die gleichzeitige Herabsetzung der Abgeordnetenziffer von 72 auf 56 erschweren naturgemäß den Vergleich sehr stark. Sicher ist, daß der Ordnungsschub allein nicht mehr über die Mehrheit verfügt. Seine Einheitsliste bringt es auf 19 Mandate und steht damit den Sozialdemokraten gleich, die es auf 18 Mandate bringen und die ihre Wählerzahl haben steigern können. Der Ausgang der Wahlen wird denn auch nicht mit Unrecht als totes Rennen bezeichnet, da hier, wie in Sachsen, die Regierungsbildung äußerst schwierig sein wird. Stimmungsgemäß scheint beachtenswert, daß die Demokraten einen starken Verlust erlitten haben, zweifellos ist ein Teil ihrer Anhänger zur Wirtschaftspartei übergegangen, die ähnlich wie in den sächsischen Wahlen, bedeutende Erfolge erringen konnte, was vielleicht nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß viele Kreise die reine Parteipolitik über haben und in dieser Partei eine Vertretung ihrer Wirtschaftsinteressen zu finden meinen.

Die neuerdings China angebotenen englischen Konzessionen lassen erkennen, daß die englische Außenpolitik von dem Verstreben geleitet wird, ohne bewaffnete Intervention mit China, insbesondere der Kantongregierung, zu einer endgültigen Regelung der schwebenden Unstimmigkeiten zu kommen. Man wird zugeben müssen, daß vom Standpunkt des stolzen Albion aus die angebotenen Konzessionen als ganz außerordentlich zu bezeichnen sind. Die tieferen Gründe für diese weitgehende Nachgiebigkeit gegenüber den Wünschen des chinesischen Nationalismus erklären sich durch zwei entscheidende Momente: Einmal handelt es sich außenpolitisch um die Stellung des englischen Imperiums im Pazifik, zum anderen um die rein wirtschaftlichen Interessen Englands in China. Drei Mächte sind es, die zur Zeit unter allen Umständen das Gleichgewicht im Stillen Ozean zu erhalten bestrebt sind, da ja die Vorherrschaft einer dieser Mächte ohne eine Katastrophopolitik überhaupt nicht zu denken wäre. Diese drei Mächte sind England, Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika. Am schärfsten ringen zunächst um die chinesische Seele England und Japan. Das Verhältnis dieser beiden großen Staaten ist dadurch noch besonders kompliziert, daß England in diesem Falle auf seine Dominions Australien, Neuseeland und Kanada weitgehende Rücksichten zu nehmen hat, denn diese beiden Kolonien sind bekanntlich in hohem Maße japanfeindlich eingestellt mit Rücksicht auf das Rassenproblem. Andererseits ist jedoch nicht zu verkennen, daß zwischen England und Japan sich auch manche Berührungspunkte ihrer Interessen ergeben. Beide haben bei aller Rivalität in der Wirtschaftspolitik ein ausgesprochenes Interesse an der Erhaltung des chinesischen Marktes und ebenso gemeinsam ist ihnen die Abwehrstellung gegen Moskau. Auch monarchische Tendenzen geben bedeutsame Be-

rührungspunkte, wie weiter beide in der möglichst weitgehenden Abwehr der amerikanischen Konkurrenz auf dem chinesischen Markte eines Sinnes sein dürften. Nachdem Japans Wirtschaft sich infolge der Unterstützung der Alliierten durch seinen Eintritt in den Krieg gegen die Mittelmächte in der Folge wirtschaftlich von England unabhängig zu machen verstanden hatte, hat es zwar seine hochfliegenden Hoffnungen, die es an den Ausgang des Weltkrieges geknüpft hatte, sehr weit zurückwerfen müssen. Es kam schließlich zu einer Verständigung zwischen den wirtschaftlichen Konkurrenten, wonach Nordchina in das japanische, Südchina in das englisch-amerikanische Interessengebiet fallen sollte. Inzwischen hat jedoch Japan eingesehen, daß es dabei ein reichlich schlechtes Geschäft gemacht hat und es hat infolgedessen alle Anstrengungen gemacht, um aus der gegenwärtigen Situation die möglichen Vorteile herauszuschlagen. Es hat deshalb Japan der Kantongregierung gegenüber eine außerordentlich vorläufige, wenn nicht offen freundliche Haltung einzunehmen für richtig befunden. Die Folge war ein großer Wettlauf um die Gunst der sibirisch-chinesischen Machthaber zwischen England und Japan und wesentlich auf diesen Umstand, die Angst vor einem Siege Japans in diesem Ringen und dadurch sich ergebende wirtschaftliche Auswirkungen, ist offensichtlich das weitgehende Entgegenkommen der englischen Politik gegenüber Chinas Wünschen zurückzuführen.

Die Wahl der neuen badischen Minister.

U. Karlsruhe, 5. Febr. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des badischen Landtags wurde der Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Dr. Franz Joseph Schmitt, Mitglied der Zentrumspartei, mit 46 (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) von 66 abgegebenen Stimmen zum Finanzminister und damit zum Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten Dr. Köhler gewählt. Die Deutschnationalen und die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei gaben weiße Zettel ab. Die Zettel der Kommunisten waren ungültig. Der neue Finanzminister führte anschließend an seine Wahl in einer kurzen programmatischen Erklärung aus, daß er den Reichsgedanken treu, wie bisher Dr. Köhler, wahrer werde, die Eigenstaatlichkeit aber besonders in steuerlicher und finanzieller Hinsicht nachdrücklich vertreten werde. Mit den Nachbarstaaten werde er, soweit es sich um gemeinsame finanzielle Arbeiten handle, in möglicher Fühlungnahme bleiben. Anschließend wurde Justizminister Dr. Trunk (Z.) mit 46 von 66 abgegebenen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. 17 weiße Zettel wurden von Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei abgegeben, 3 kommunistische Zettel waren ungültig.

Benesch über die deutsch-tschechischen Beziehungen.

Im auswärtigen Ausschuss des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses gab der Außenminister Dr. Benesch eine Erklärung über die außenpolitische Lage ab. Der Minister betonte, mit Nachdruck die guten Beziehungen zwischen Prag und Berlin, die er als Ergebnis seiner bisherigen Politik ansehe. Die Aufhebung der deutschen Militärkontrolle habe naturgemäß in Ungarn und in Bulgarien den Wunsch nach Aufhebung ihrer Militärkontrolle verstärkt. Die kleine Entente habe dagegen speziell nichts einzuwenden, jedoch müsse sich die Aufhebung der Kontrolle in denselben Bahnen bewegen, wie in Deutschland. Die kleine Entente wolle zu einem guten Verhältnis zu Ungarn kommen. Zu den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen bemerkte der Minister, daß bei der Anschlussfrage niemals gewisse Verträge vergessen werden dürften, die eingehalten werden müßten. Dr. Benesch verwahrte sich dann gegen den Vorwurf eines christlich-sozialen Abgeordneten, die Tschechoslowakei sei nur ein Gendarm Frankreichs. Die Tschechoslowakei treibe im Gegenteil unabhängige tschechoslowakische Politik. Dr. Benesch betonte, daß die Tschechoslowakei wohl bestrebt sei, ihr Verhältnis zu Frankreich aufrecht zu erhalten, daß sie aber auch zu dem bestmöglichen Verhältnis mit Deutschland gelangen wolle. Dieses Ziel habe die Tschechoslowakei bereits praktisch erreicht und diese Politik würde sie auch weiterhin verfolgen. Bezüglich der Handelsverträge mit Deutschland erklärte er sodann, daß die Verhandlungen mit Deutschland in den nächsten Monaten beginnen würden. Es würde hier zwar einige Schwierigkeiten geben, er hoffe aber, diese in kurzer Zeit beseitigen zu können.

Offener Konflikt zwischen Danzig und Polen.

U. Danzig, 5. Febr. Nach Meldungen polnischer Blätter hat sich der Danziger Finanzsenator nach Berlin begeben, um sich dort einen gewissen Betrag als Anleihe zu sichern, falls Danzig im Zusammenhang mit dem Scheitern der Danzig-polnischen Verhandlungen über das Tabakmonopol verpflichtet sein sollte, den Anteil an den Zollabgaben seit September 1926 zurückzuführen.

Die Telegraphen-Union erfährt hierzu folgendes: Zwischen Danzig und Polen ist nach Abbruch der ergebnislos verlaufenen Verhandlungen über die Organisation des Danziger Tabakmonopols ein offener Konflikt ausgebrochen. Polen droht, für den Fall, daß bis zum 1. April eine Einigung über die Gestaltung des Danziger Tabakmonopols nicht zustande kommt, das Danzig-polnische Abkommen über die Neuregelung der Zolleinnahmen zu annullieren. Da Danzig seit dem 1. September schon erhebliche Vorschüsse auf dieses Abkommen bezogen hat, würde Danzig ungefähr 3 Millionen Danziger Gulden an die Republik zurückzahlen haben. Der Danziger Finanzsenator ist nun nach Berlin gereist, um zu klären, wie Danzig die 3 Millionen Gulden in Polen zurückzahlen kann, was um so schwieriger sein dürfte, da der Völkerbundsrat im September vorigen Jahres Danzig die Vergütung seiner schwebenden Schuld strikte unterlagert hat. Man erhebt hieraus, daß Polen wieder darauf

ausgeht, durch finanzielle Druckmittel Danzig politisch gefügig zu machen. Der ganze Streit ist darauf zurückzuführen, daß Polen sich darauf versteifte, sich an der Danziger Tabakmonopolbetriebsgesellschaft finanziell zu beteiligen. Eine solche polnische Beteiligung lehnt aber die Freie Stadt Danzig aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ab. Polen legt es nunmehr auf eine Machtpolitik an und will Danzig dadurch in die Knie zwingen, daß es das Danzig-polnische Abkommen vom 20. September 1926 über die Zolleinnahmen kündigt und Danzig dadurch zwingen will, 3 Millionen Gulden zurückzahlen, was für Danzig angesichts seiner an sich schon ungünstigen finanziellen Lage im Augenblick ganz unmöglich ist.

Briand über die französische Außenpolitik.

U. Paris, 5. Febr. Gestern nachmittag trat die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz Lucien Huberts zusammen und nahm einen Bericht Briands über die auswärtige Politik Frankreichs entgegen. Briand wandte sich einleitend heftig gegen die Pressekampagne und verteidigte sich gegen die Beschuldigungen, die Interessen Frankreichs außer Acht zu lassen. Der Ministerrat habe ihm stets das Vertrauen in die Kontinuität seiner Politik ausgesprochen; das Abkommen von Thoiry habe die Lücken des Versailler Vertrages ausgefüllt. Die Westgrenze sei zum ersten Male von Deutschland anerkannt und von den Alliierten garantiert worden. Was die deutsche Ostgrenze betreffe, so habe Locarno ebenfalls Garantien gebracht, da Deutschland sich verpflichtet habe, niemals mit Waffengewalt die Grenzen zu ändern. Die Räumung der Kölner Zone sei auf Grund des Versailler Vertrages und nicht der Abmachungen von Locarno erfolgt. Was das mythische Frühstück von Thoiry anbelange, so könne er nur wiederholen, daß er keine Verpflichtung zu einer vorzeitigen Rheinlandräumung eingegangen sei. Er habe Dr. Stresemann wissen lassen, daß, solange zwischen Frankreich und Deutschland kein Abkommen hierüber zustande gekommen sei, die Frage der französischen Sicherheit nicht definitiv geregelt sei. Frankreich könne nicht den Versailler Vertrag aufheben. Er habe weiterhin erklärt, daß Frankreich geneigt sei, jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen zur Festigung des Friedens. Dieser sei von der Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern abhängig. Dann ging Briand auf die Frage der Abrüstungskontrolle Deutschlands ein und stellte fest, daß mit dem 1. Februar in Berlin die interalliierte Militärkontrollkommission aufgelöst sei, für die der Versailler Vertrag nur beschränkte Dauer vorgesehen habe. Das könnte jedoch nicht beunruhigen, da bereits im Jahre 1924 ihre Ersetzung durch die Untersuchungskommission des Völkerbundes beschlossen wurde und Deutschland habe diese Verbindung angenommen. Frankreich habe in Locarno den Frieden gewollt und wolle ihn mehr als jemals. Es werde jedoch nicht die Organisation seiner materiellen Macht vernachlässigen, um seine moralische Stellung zu befestigen. In der Aussprache beantwortete Briand die ihm gestellten Fragen und stellte fest, daß die gegenwärtige Lage Frankreichs gut sei. Seine Allianzen und Freundschaften mit den anderen Völkern, sowie seine Arbeit gestatteten Frankreich zwar ohne übertriebenen Optimismus, aber mit Vertrauen in die Zukunft zu blicken. Briand schloß mit der Versicherung, daß er keine persönliche Außenpolitik treibe, sondern die auswärtigen Angelegenheiten stets im Ministerrat erörtert und die Entschlüsse nach freiem Meinungs-austausch mit seinen Ministerkollegen gefaßt werden. Frankreich sei keine Verpflichtung eingegangen, die den Versailler Vertrag einschränken könne. Er werde seine bisherige Friedenspolitik mit allen Sicherheiten, die im Interesse des Landes erforderlich seien, weiterführen.

Aus aller Welt.

Eine Drahtseilbahn auf den Dachstein.

Auf den Dachstein soll eine Drahtseilbahn erbaut werden. Mit den Arbeiten dürfte schon Ende Februar oder Anfang März begonnen werden. Die Bahn wird von den österreichischen Bundesforsten, bzw. der Bundesforstverwaltung, projektiert. Sie soll mit Hilfe einer Zwischenstation auch zu den berühmten Dachsteinhöhlen führen.

Deutsche Theatergastspiele in Paris.

Die beiden Präsidenten der Deutschen Bühnengenossenschaft, Riedel und Wallauer, weilen in Paris zur Besprechung von Berufsfragen mit der französischen Schauspielerorganisation. Die beiden Führer der deutschen Schauspieler legen auch die Einzelheiten für die im Mai in Paris stattfindenden Gastspiele des Dresdener Staatstheaters und Max Reinhardts fest. Den beiden deutschen Schauspielern wurde im Institut für internationale geistige Zusammenarbeit ein herzlicher Empfang zuteil, bei dem Kristian Bernard die Bedeutung der Kunst für den Menschheitsfrieden pries.

Der Düsseldorf-Regie-Schieberprozeß.

Am 4. Verhandlungstag des Regie-Schieberprozeß brachten die Ankläger der Angeklagten weitere Enthüllungen. So ergab sich, daß ein Zug mit 82 beladenen Güterwagen, der dem Leutnant Dumay zum Transport nach Duisburg übergeben worden war, niemals in Duisburg angekommen ist. In einem anderen Fall verschwand ein Waggon Kupfer, der ebenfalls verschoben wurde. Nach der Aussage eines Angeklagten hat Leutnant Bahpol 75 Ernemann-Objektive zum Verkauf mit nach Paris genommen.

Erdbeben in Schanghai.

Ein heftiges Erdbeben erschütterte eine halbe Minute lang die Stadt Schanghai. 1 Stunde später wurde ein weiteres Beben von 70 Sekunden Dauer verspürt. Ob Schaden angerichtet wurde, ist noch nicht bekannt.



Schwarzwaldverein Calw.

Die Generalversammlung

findet am Dienstag, den 8. Februar 1927 abends 8 Uhr im Restaurant Schlanderer statt.
Tagesordnung: Tätigkeitsbericht, Kassenbericht, Erziehung, Bericht des Begwärtigen, Bekanntgabe des Wanderprogramms für 1927, Uebergabe d. Ehrenzeichens für 18 Mitglieder, die ihr 25 jähriges Vereinsjubiläum begehen.

Die verehrl. Mitglieder wollen sich recht zahlreich einfinden.
Der Vorstand.

Für Maurer und Zimmerer

ist bei genügender Beteiligung vom

Württ. Landesgewerbeamt

die Einrichtung von

Kursen mit 2-3wöchiger Dauer in Calw

geplant. Das Unterrichtsgeld beträgt für den Teilnehmer RM. 10. Anmeldungen sofort, spätestens bis 11. Febr. an

den Vorstand der Gewerbeschule:

J. A. d. Landesgewerbeamts: Albingen.

Calw, den 7. Februar 1927.

Raffenschlüssel verloren gegangen.

Abzugeben bei der

Polizeiwache Calw.

Verloren

ging gestern auf dem Marktplatz ein

Schlüssel

Der Finder möge denselben geg. Belohnung abgeben **Marktpl. 511**

Ueber Weihnachten ging ein

gelber Teppich verloren.

Der ehrliche Finder wird gebeten, ihn abzugeben bei der Geschäftsstelle dieses Blattes

2 Winter-Neberzieher

schw. u. dklbl. zu verkaufen. **Nonnenstr. 1871.**

Württ. Forstamt Stammheim (N. Calw.)

Nadelholzstangen-Berkauf.

Am Dienstag, den 15. Febr. nachm. 3 Uhr in Stammheim im Waldhorn aus Staatswald Distr. Dickener Wald, Stammheimer Mark und Weller Bauft: 260 Ia, 408 Ib, 272 II., 57 III. Kl.; Hagft: 61 I., 317 II., 254 III. Kl.; Hopfenst: 715 I., 793 II., 23 III., 250 IV., 80 V. Kl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Württ. Forstamt Enzklösterle.

Nadelstammholz-Berkauf

im schriftlichen Aufstreich. Am Donnerstag, den 17. Febr. 1927 nachm. 2 1/2 Uhr in Enzklösterle im Geschäftszimmer des Forstamtsaus Staatswald Fo: Langh. fm: 218 I., 382 II., 342 III., 107 IV., 42 V., 9 VI., Sägh: fm: 10 I., 40 II., 15 III.; Fi und La Langh: fm: 356 I., 363 II., 334 III., 153 IV., 138 V., 56 VI., Sägh: 19 I., 39 II., 10 III. Kl. Losverzeichnisse u. Angebotsvordrucke durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Liebenzell.

Im Wege der

Zwangs-vollstreckung

versteigere ich am Mittwoch d. 9. ds. Mts., vorm. 10 Uhr gegen bare Bezahlung:

1 eich. Zimmerbüfett, 1 eich. Credenz, 1 eich. Schrank ca. 2 m breit 3türig, 1 Chaiselongue mit gehäkelter Decke;

vorm. 11 Uhr:

40 Dosen „Walda“ Wachholderkräuter-ja t, 49 Päckchen Heiltee für Maul- u. Klauen-tenche;

nachm. 2 Uhr:

17 kg Lackfarbe, 22 kg trockene Farben, verschiedene Schablonen aus Papier und Blech.

Zusammenkunft b. Rathaus. **Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw Dngemach.**

Ueberall erhältlich in neuer Qualität sind



Preis 35 Pfennig



Einen Wurf **Milchschweine** verkauft. **Johannes Stoll.**

Für die Konfirmation

Schwarze und farbige Kleiderstoffe

in großer Auswahl zu billigen Preisen

Cheviot . . . von Mk. 2.— ab Serge . . . von Mk. 4.70 ab
Popeline . . . von Mk. 2.60 ab Satin . . . von Mk. 5.— ab
Mohair . . . von Mk. 2.80 ab Samt . . . von Mk. 6.90 ab

Prinzeßröcke, Strümpfe, Hemden, Beinkleider
Untertaillen Hemdhosen Taschentücher

Paul Räuhele, am Markt, Calw

Altburg

Geschäftsempfehlung

Der verehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich hier im Hause des Herrn Staudler ein

Friseur-Geschäft

eröffnen werde. Ich werde bestrebt sein, meine werthe Kundschaft zu ihrer Zufriedenheit zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch.

Friedrich Bühler, Friseurgeschäft
Zigarren und Zigaretten / Toiletteartikel

Gedenket der hungernden Vögel!



WEISSE WOCHE

im Hause

Sal. Sigmann
Leinenhaus Wäschefabrik
P F O R Z H E I M
Ecke Leopold- und Zerrennerstraße

Beginn Samstag, den 5. Februar

Günstigste Einkaufsgelegenheit zur Anschaffung von Wäsche und Brautausstattungen

Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster, welche Ihnen einen Teil meiner Leistungsfähigkeit zeigen werden

ff. Zigarren (echt Havanna)
Zigaretten
Tabake In allen Sorten
sowie **Bruyère-Pfeifen**
EUGEN BUHL
ZIGARREN SPEZIAL GESCHAFT
BEIM „CALWER TAGBLATT“

Preisermäßigung

Um mein Lager in fertiger Damenwäsche zu räumen, gemähre ich ab heute ganz **erhebliche Preisermäßigung** auf Damen-Tag- und Nachthemden, Bettjacken, Stickerei-Beinkleider, Untertaillen, **Unterröcke**, letztere in weiß u. farb., sowie **feine Wäschebatiste, echtfarb. Blusenblanette u. feine gestr. Zephyr**

Julie Schimpf

Eilfertiger, zuverlässiger
Pferdetreht
sucht sofort Stellung.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Kaufmanns-Lehrling

für Manufakturwarengeschäft aufs Frühjahre gesucht.
Schriftliche Bewerbungen unter **G. B. 1000** an die Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes erbeten.

Zwei-Zimmer-Wohnung

mit Küche und Zubehör **sofort** oder später zu vermieten.
Lederstraße 96.
Der Stadtauflage unseres Blattes liegt ein Projekt der Firma **Bronker Porzheim** über die Weiße Woche bei. Auf die Schaufenster und die sehenswerte Innendekorationen wird besonders aufmerksam gemacht.

Grüßliche Iron-Effenz
seit 180 Jahren Säusmittel gegen **Reib-, Kopf- und Gliederwehnen.**
Fl. 1 Stk. b. Kronen-Sphorische Mlona.

Fisch-tran

für Schweine billigt zu haben bei
R. Hauber.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Vieh- und Schweinemarkt in Calw.

Die Abhaltung des am Mittwoch, den 9. Februar 1927, in Calw fälligen Vieh- und Schweinemarktes wird vorbehaltlich der Nichtausbreitung der Maul- und Klauen- seuche unter denselben Bedingungen gestattet wie die Ab- haltung des Calwer Vieh- und Schweinemarktes am 12. Januar 1927 (siehe oberamtl. Bekanntmachung vom 5. Januar 1927 im Calwer Tagblatt).

Aus Sperrbezirken (Gemeinde Neuweiler) dürfen Tiere nicht zugeführt werden, auch dürfen Personen aus Sperrbezirken den Markt nicht besuchen.

Beginn des Schweinemarktes 1/2 8 Uhr,
Beginn des Viehmarktes 1/2 9 Uhr.
Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, diese Marktvoorschriften ortsüblich bekanntzumachen.

Calw, den 5. Februar 1927.

Oberamt: Nagel Amtmann.

Oberhaugstett.

Nadelholzstangenverkauf.

Nächsten Donnerstag, den 10. Febr. 1927, von vorm. 10 Uhr an kommen aus dem hiesigen Gemeindevald zum Verkauf:

Bauftangen:

136 St. Ia, 90 St. Ib, 29 St. II, 14 St. III. Klasse;

Hagftangen:

41 Stück I., 32 Stück II., 46 Stück III. Klasse;

Hopfenstangen:

62 Stück I. Klasse.

Zusammenkunft im Ort.

Gemeinderat.

Hiesau, den 7. Februar 1927.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Vaters, Großvaters, Urgroßvaters, Schwagers und Onkels

Jakob Höslin

sagen wir herzlichen Dank. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für seine trost- reichen Worte, für die vielen Kranzspenden und Gaben sowie den Herren Ehrenträgern, ganz besonders für die Wohlthaten vonseiten der Vereinigten Deckenfabriken Calw.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuhengstett, den 5. Febr. 1927.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil- nahme, die wir beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Ludwig Heritier

Schneidermeister

erfahren durften, sagen wir unseren herzlichen Dank. Besonders sagen wir dem Herrn Pfarrer für die trostreichen Worte, dem Herrn Lehrer mit dem Mädchenchor, den Herren Ehrenträgern für ihren letzten Liebesdienst, der Schneiderinnung für die Kranznieder- legung am Grabe und allen, die ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten, auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Marie Heritier.

450jähriges Jubiläum der Universität Tübingen 24.-26. Juli 1927

AUFRUF



Zu einer Spende an die Landes-Universität Tübingen aus Anlaß ihres 450jährigen Bestehens

Ein bedeutsamer Abschnitt in der Geschichte unserer Landes-Universität Tübingen steht in diesem Jahre bevor; denn 450 Jahre sind nunmehr vergangen, seitdem Graf Eberhard im Bart, nach seinen Stifterworten, „diesen Brunnen des Lebens gegraben“ hat. Kaum eine Universität ist so eng mit der kulturellen Entwicklung ihres Stammes verbunden, hat so nachhaltig auf das gesamte Leben des Landes eingewirkt, wie die Tübinger, die darum, wenn irgend eine, den Namen einer Landes-Universität verdient. Die Eberhard-Karls-Universität und Württemberg sind eins. Das Gefühl der Verbundenheit mit Tübingens hoher Schule lebt aber auch in allen, die in der weiten Welt dem schwäbischen Namen Ehre machen, in allen, die aus anderen deutschen Gauen und aus der Ferne nach Tübingen gekommen sind, um sich dort geistige Grundlagen für das spätere Leben zu erwerben.

Zu erhebendem Ausdruck kam diese Einheit im Jahre 1877. Während jedoch damals die Universität ihr 400jähriges Jubel- fest im Glanz und in der Fülle des erstarkenden Deutschen Reiches feiern durfte, fällt das Fest dieses Jahres in eine Zeit, deren Not auch vor den Toren der Universität nicht halt gemacht hat. Diese Not hat das Gefühl der Zusammengehörigkeit nur noch vertieft und den Willen geweckt, an ihrer Linderung mitzuhelfen.

Wenn die gesunde Entwicklung des geistigen, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens unseres Volkes am Herzen liegt, der wird darum trotz eigener Sorgen hilfsbereit dem Gedanken zustimmen, unserer Tübinger Landes-Universität in diesem denkwürdigen Jahre eine Spende zu überreichen, eine Spende, die nicht äußerem Glanze dienen soll, die vielmehr die lebensschaffende Kraft der Universität zu erhöhen bestimmt ist.

Die Spende soll vor allem der Universität die Aufgabe erleichtern, einen vollwertigen wissenschaftlichen Nachwuchs für sich selbst wie für das ganze Land sicherzustellen. Daß hier ernste Gefahren vorliegen, haben die letzten Jahre immer deutlicher gezeigt. Darüber hinaus gilt es, Bedürfnisse zu befriedigen, die nicht oder nicht ganz aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden können, insbesondere auch solche, die aus dem Verlangen nach geistiger und körperlicher Ertüchtigung der studentischen Jugend entspringen.

Im Hinblick auf die Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse soll der Universität die Spende zu freier Verfügung übergeben werden. Sie wird dabei einen aus den Reihen der Spender gebildeten Beirat zur Mitwirkung heranziehen.

So ergeht denn die Bitte, zum Gelingen des Werkes beizutragen, an das ganze Württemberger Volk und an alle Freunde der Universität Tübingen, insbesondere an die ehemaligen Tübinger Studenten und an die Angehörigen der Wirtschaft in allen ihren Zweigen, sowie an alle Schwaben in der weiten Welt.

Wir wollen durch diese Spende zeigen, daß wir größer sind als die Not.

Die Jubiläumsfeier findet in den Tagen vom 24. bis 26. Juli statt. Gaben für die Spende werden von unserer Zeitung, ferner von allen Postämtern des Landes und den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften entgegengenommen. Außerdem können sie an die „Tübinger Jubiläumsspende“ Stuttgart, Lindenstraße 4, Postfachkonto Stuttgart Nr. 6969, über- wiesen werden.

Stuttgart, im Januar 1927.

Im Auftrag des Arbeitsausschusses:

Rau
Staatsrat.

Sautenschlager
Oberbürgermeister.

Fahrnisversteigerung.

Am Dienstag, den 8. Februar, verkaufe von mittags 2 Uhr ab im Berggrat Schütz'schen Hause gegen Barzahlung folgendes:

1 schönen Herrenschrreibtisch (eichen),
1 Sopha, 1 vollständiges Bett, 1 Nacht-

tische, 1 Liegestuhl, 4 Polsteressel, 2 Tische
Nachstuhl, Bettlade mit Koff, Garde-
robekästler, Blumen-Ständer, einige
Bett-Stücke, 2 Stühle, Küchen-Tisch,
1 Serviertische, 2 Ofenschirme und
anderes mehr.

Eutenmann
Stadtinventierer.

Sofort zu verkaufen:

1 Tisch oval, 1 alter Stroh-
pult, 3 St. Wollmatragen
1 Bettrost, 1 eis. Zimmer-
ofen noch neu m. 6m Rohr
einige gerahmte Bilder,
ferner einige Vorhänge,
1 Handwagen.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Herren-Konfektion

kauft

man

bei

Anzüge in neuesten Mustern und Formen

Mk. 30⁰⁰ 35⁰⁰ 40⁰⁰ 43⁰⁰ 50⁰⁰ 55⁰⁰ 60⁰⁰ bis Mk. 125⁰⁰

Mäntel in vielen Formen und Mustern für jede Jahreszeit Mk. 27⁰⁰ 30⁰⁰ 35⁰⁰ 40⁰⁰ 50⁰⁰ 60⁰⁰

bis Mk. 140⁰⁰ Lodenmäntel von Mk. 20⁰⁰ bis Mk. 50⁰⁰ Pelermäntel Mk. 15⁰⁰ bis Mk. 35⁰⁰

Gummi-Mäntel von Mk. 16⁰⁰ bis Mk. 60⁰⁰ Windjacken Mk. 10⁰⁰ bis Mk. 21⁰⁰

Hosen Zeughosen Mk. 4⁵⁰ bis Mk. 9⁰⁰ Samtkordhosen Mk. 9⁰⁰ 11⁰⁰ 14⁰⁰

Lederhosen Mk. 5⁰⁰ bis Mk. 13⁰⁰ Halbwollene Hosen Mk. 8⁰⁰ bis Mk. 21⁰⁰

Paul Ränchle, am Markt, Calw.

Freie Befichtigung
ohne Kaufzwang!